



Vom Waffenstillstand zum Frieden und darüber hinaus – die entscheidende Rolle der EU
STELLUNGNAHME von 414 ehemaligen Ministern, Botschaftern und hochrangigen Beamten der
EU und ihrer Mitgliedstaaten

16. Oktober 2025

Diese Gruppe begrüßt, dass der Plan von Präsident Trump zur Herbeiführung des Friedens zwischen Israel und Palästina in seiner ersten Phase erfolgreich zur Freilassung der 20 lebenden israelischen Geiseln und fast 2.000 palästinensischer Gefangener und Häftlinge sowie zu einem teilweisen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten im Gazastreifen geführt hat. Die sterblichen Überreste der anderen israelischen Geiseln sollten so bald wie möglich repatriert werden. Der derzeitige fragile Waffenstillstand im Gazastreifen muss der Beginn einer dauerhaften Beendigung der Gewalt sein: **Unter keinen Umständen dürfen die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden.** In diesem Sinne verurteilen wir die Welle von Rachemorden durch die Hamas aufs Schärfste.

Simon Coveney, ehemaliger Tánaiste (stellvertretender Premierminister) / Außenminister Irlands: *„Die vor den Parteien und der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der EU, liegende Aufgabe ist gewaltig, aber klar: den Konflikt zwischen Israel und Palästina ein für alle Mal zu beenden und zwei Staaten zu schaffen, die in Frieden und Sicherheit nebeneinander existieren. Diese Chance muss um jeden Preis genutzt werden.“*

Ein glaubwürdiger Weg zum Frieden erfordert, dass die nächsten Phasen des Plans, einschließlich Vorkehrungen zur Sicherheit, Demilitarisierung, Polizeiarbeit und Regierungsführung sowie die künftige Rolle der Palästinensischen Autonomiebehörde ausgearbeitet, verhandelt und umgesetzt werden, wobei maximaler internationaler Druck auf alle Parteien ausgeübt werden muss, um eine Deeskalation zu erreichen und einen **nachhaltigen Frieden** zu gewährleisten, der durch eine ermächtigende Resolution des UN-Sicherheitsrats gestützt wird. Oberste Priorität muss die **vollständige und ungehinderte Wiederaufnahme der humanitären Hilfslieferungen nach Gaza im Einklang mit humanitären Grundsätzen** sein, um sicherzustellen, dass keine weitere Gefahr von Unterernährung und Hunger besteht. Die EU muss erhebliche Mittel für Hilfe und Wiederaufbau bereitstellen – auch im Rahmen des neuen EU-Paktes für den Mittelmeerraum – und schnell und eng mit den Vereinten Nationen zusammenarbeiten, insbesondere mit UNRWA, der Israel unverzüglich die Erlaubnis erteilen muss, um im Gazastreifen Hilfe zu leisten, sowie mit Nichtregierungsorganisationen und anderen Akteuren mit bewährten Verteilungsnetzen. Die dringend benötigten Lieferungen von Lebensmitteln, Wasser, Unterkünften, medizinischen und hygienischen Hilfsgütern müssen unverzüglich erfolgen, und Krankenhäuser und Versorgungsunternehmen müssen sofort wiederhergestellt werden. Kinder, von denen viele traumatisiert sind und spezielle Nachsorge benötigen – die die EU leisten könnte –, müssen die Möglichkeit erhalten, ihre Ausbildung fortzusetzen. Internationale Journalisten und Menschenrechtsorganisationen müssen Zugang zu Gaza erhalten, um über die Lage vor Ort zu berichten und sie zu beurteilen.

Margot Wallström, ehemalige schwedische Außenministerin und Erste Vizepräsidentin der Europäischen Kommission: *„Die Versorgung des Gazastreifens mit humanitärer Hilfe, die Beseitigung von mehr als 50 Millionen Tonnen Schutt und nicht explodierten Kampfmitteln sowie die Einleitung eines Wiederaufbauprogramms im Wert von schätzungsweise 50 Milliarden Dollar sind Herkulesaufgaben. Stabile Sicherheitsbedingungen sind dabei unerlässlich. Die EU muss in enger Zusammenarbeit mit palästinensischen und internationalen Partnern ihren Teil zu diesen Bemühungen beitragen.“*

Ein dauerhafter Frieden in der Region, die Beendigung des andauernden Belagerungszustandes und die Förderung der Freizügigkeit von Personen und Gütern müssen auf der Grundlage zweier funktionierender Staaten erreicht werden, die in Frieden und Sicherheit innerhalb der Grenzen von

Juni 1967 nebeneinander existieren, wobei irgendwelche Änderungen von den Parteien nur einvernehmlich vereinbart werden könnten. Das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und Eigenstaatlichkeit, das im Trump-Plan nur vage angesprochen wird, wird nun von 157 UN-Mitgliedstaaten uneingeschränkt unterstützt und muss, wie in der New Yorker Erklärung der Global Alliance und früheren UN-Resolutionen vorgesehen, in die Realität umgesetzt werden.

Josep Borrell, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und Hoher Vertreter/Vizepräsident der EU: *„Der Frieden im Nahen Osten muss durch die Bestimmungen der UN-Charta untermauert werden, ohne Straffreiheit für diejenigen, die gegen das Völkerrecht verstoßen haben. Die EU muss alle ihr zur Verfügung stehenden Hebel einsetzen, um Israel dazu zu bewegen, seine illegale Besetzung des Gazastreifens und des Westjordanlands, einschließlich Ostjerusalems, zu beenden – im Einklang mit dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom Juli 2024 – und die Bildung einer repräsentativen, ordnungsgemäß gewählten palästinensischen Regierung in einem künftigen Staat zu unterstützen, der von allen UN-Mitgliedern anerkannt wird.“*

Die EU muss entschlossen gegen Spoiler und Extremisten auf beiden Seiten vorgehen, deren Aktionen die Gründung eines künftigen palästinensischen Staates gefährden - und mit einem besonderen Augenmerk auf Ideologen, die mit Unterstützung und Beihilfe der israelischen Regierung die Kolonisierung und den Ausbau der Siedlungen im Westjordanland vorantreiben. Die EU sollte nicht zögern, restriktive Maßnahmen gegen alle solche Uneinsichtigen zu verhängen, deren Handlungen einen klaren Verstoß gegen die Resolutionen der Vereinten Nationen, den Friedensplan und das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel darstellen. Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen in israelischen Haftanstalten sollten gründlich untersucht werden, und die EU sollte auf die Freilassung politischer Gefangener und die Beendigung der israelischen Praxis der Administrativhaft drängen.

Das palästinensische Volk muss seine eigenen politischen Führer wählen können, ohne dass dabei prominente Persönlichkeiten, die derzeit von Israel inhaftiert sind, ausgeschlossen werden, und zwar in freien und fairen demokratischen Wahlen, die von der internationalen Gemeinschaft beobachtet werden. Die EU muss im Einklang mit ihren in den Verträgen verankerten Grundwerten und Grundsätzen ihren Teil zur Sicherung und Festigung des Friedens zum Wohle beider Parteien beitragen und dabei alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente – einschließlich Sanktionen – zur Verfolgung dieser Ziele einsetzen. Zur Sicherung des Friedens gehört auch die Anwendung des Völkerrechts in der Auslegung durch den EuGH, den IGH und den IstGH, einschließlich der **Umsetzung von Urteilen und Gutachten in derzeit anhängigen Fällen.** Im Einklang mit der Politik der EU in anderen Konflikten müssen Staaten und alle Täter für ihre Verbrechen und ihr rechtswidriges Verhalten zur Verantwortung gezogen und vor Gericht gestellt werden. Für den Verlust von Menschenleben und Schäden, die durch Militäroperationen in besetzten Gebieten verursacht wurden, muss Entschädigung geleistet werden. Ohne Rechenschaftspflicht für Handlungen, die gegen das Völkerrecht verstoßen, kann es keinen gerechten und dauerhaften Frieden geben.

Die EU, das erfolgreichste Friedensprojekt der Geschichte, sollte sicherstellen, dass ihre eigene Identität und Erfahrung bei der Förderung von Versöhnung und kooperativer Sicherheit in den Friedensprozess einfließen, um so Stabilität, Vertrauen und gegenseitigen Respekt in der gesamten Region zu fördern und die Grundlage dafür zu schaffen, dass alle Völker in Frieden und Würde leben können.

Erklärung, die am 16. Oktober 2025 von **414 ehemaligen Ministern, Botschaftern und hohen Beamten der EU und ihrer Mitgliedstaaten** unterzeichnet wurde. Hyperlink zur [Liste aller Mitunterzeichner](#). Die ehemaligen Minister und Botschafter, die diese Erklärung unterzeichnet haben, kommen aus den folgenden EU-Mitgliedstaaten: Österreich, Belgien, Bulgarien, Zypern, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Malta, Niederlande, Spanien und Schweden. Weitere können später hinzukommen.

Diese Erklärung kann weiterhin unterzeichnet werden. Die aktuelle Gesamtzahl der Mitunterzeichner beträgt: 414

[EN](#) [DE](#) [DK](#) [ES](#) [IT](#) [PT](#) [AR](#)

Frühere Erklärungen wurden von dieser Gruppe im [Juli](#), [August](#) und [September](#) 2025 veröffentlicht